

6/2008

11.4.2008

Leibniz-Präsident Rietschel begrüßt Stammzellbeschluss des Deutschen Bundestags

Leibniz-Präsident Ernst Th. Rietschel: „Der Bundestagsbeschluss gibt der deutschen Forschung neuen Schwung und Rechtssicherheit. Die widersinnige Situation, dass deutsche Forscher von mit deutschen Steuergeldern finanzierten EU-Projekten ausgeschlossen sind, ist endlich beendet.“

Berlin – „Die heute vom Bundestag verabschiedete neue Regelung für den Umgang mit embryonalen Stammzellen wird der Forschung in Deutschland Schwung geben.“ So kommentiert der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Prof. Dr. Ernst Th. Rietschel, die beschlossene einmalige Verschiebung des Stichtags auf den 1. Mai 2007. „Wichtiger noch ist die Rechtssicherheit bei Forschungsvorhaben mit aktuellen Zelllinien“, fügt Rietschel hinzu. Die alte Regelung hatte nach Ansicht von Ernst Rietschel nicht nur die Forschung massiv behindert, sondern Wissenschaftler bei internationalen Kooperationen unter Strafandrohung gestellt. „Zum Glück kann in diesem Punkt jetzt endlich Ruhe in die Wissenschaft einziehen, und die Forscher sind nun in der Lage, sich ohne Bedenken über rechtliche Grauzonen ihrer Arbeit zu widmen“, freut sich Rietschel.

„Die Leibniz-Gemeinschaft begrüßt den jetzt gefundenen Kompromiss daher sehr“, sagt der Präsident. „Ich möchte den Abgeordneten des Bundestages meinen persönlichen Dank und meine Hochachtung dafür aussprechen, dass diese schwierige Diskussion mit großem gegenseitigen Respekt und Fairness geführt wurde.“

„Mit der heutigen Entscheidung hat endlich auch die widersinnige und unhaltbare Situation ein Ende, dass Forschungsprojekte mit embryonalen Stammzellen mit deutschen Steuergeldern über die EU finanziert werden, deutsche Wissenschaftler aber von der Beteiligung an diesen Projekten aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen sind“, betont der Leibniz-Präsident.

Kontakt

Leibniz-Gemeinschaft

Josef Zens
Schützenstraße 6a
10117 Berlin
Tel.: + 49 (0) 30 20 60 49-42
Fax: + 49 (0) 30 20 60 49-55
E-Mail: zens@leibniz-gemeinschaft.de
www.leibniz-gemeinschaft.de

Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören 82 außeruniversitäre Forschungsinstitute und Serviceeinrichtungen für die Wissenschaft sowie sechs assoziierte Mitglieder. Leibniz-Institute bearbeiten gesamtgesellschaftlich relevante Fragestellungen strategisch und themenorientiert. Dabei bedienen sie sich verschiedener Forschungstypen wie Grundlagen-, Groß- und anwendungsorientierter Forschung. Sie legen neben der Forschung großen Wert auf wissenschaftliche Dienstleistungen sowie Wissenstransfer in Richtung Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Die Institute beschäftigen rund 13.700 Mitarbeiter, ihr Gesamtetat beträgt etwa 1,1 Milliarden Euro. Sie werden gemeinsam von Bund und Ländern finanziert.